

■ Prof. Dr. Kai Niebert

# Warum Politik wieder einen Willen zur Gestaltung braucht

## Krisen auf wissenschaftlicher Basis lösen

Die Corona-Pandemie hat aus 80 Millionen Fußballtrainern 80 Millionen Virologen gemacht. Wir waren live dabei, als erste Theorien über ein neuartiges Virus aufgestellt wurden. Wie verbreitet es sich? Wie ansteckend ist es? Wie tödlich ist es? Wir können in Echtzeit und in Zeitraffer erleben, wie Wissenschaft funktioniert. Thesen werden aufgestellt und wieder verworfen, kollegiale Diskussionen unter Wissenschaftlern zu politischen Grundsatzfragen stilisiert. Wie sollte es auch anders sein? Belastbare Thesen führen unmittelbar zu politischem Handeln, das direkten Einfluss auf unser aller tägliches Leben hatte und die Welt in einen zuvor nicht vorstellbaren Stillstand führte.

Wir waren und sind Zeugen einer historischen Situation. Die Politik ist abhängig, abhängig von den Einschätzungen der Wissenschaft und reagiert unmittelbar auf eine nie dagewesene Krise. Einsichten vom Beginn der Pandemie wurden zum Teil später verworfen, neue Erkenntnisse gewonnen und Maßnahmen entsprechend angepasst. Was manchmal als Sprunghaftigkeit oder Lavieren wahrgenommen wurde, drückt im Kern das Wesen von Wissenschaft aus: Falsche Annahmen werden widerlegt, Theorien weiterentwickelt und Wissen stetig präzisiert. Es war auch die Wissenschaft, die eine langfristige Antwort, ja eine Lösung für die Krise entwickelte. Bei aller Kritik an der ungerechten Verteilung: Es sind die Impfstoffe, die den globalen Norden jetzt und den globalen Süden möglichst schnell aus dem pandemischen Grauen führen werden.

Nicht alle globalen Krisen lassen sich aber mit einem einzigen Gegenmittel besiegen. Und dennoch muss die Politik auf die Wissenschaft hören und unmittelbar reagieren. Das gilt insbesondere und mit höchster Dringlichkeit für die Bekämpfung der Klima- und der Biodiversitätskrise. Seit 50 Jahren ist klar, dass unser Wirtschafts- und Lebensmodell die Welt in den Abgrund führt. 1971 veröffentlichte der Club of Rome seinen bereits damals viel beachteten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“, der auf Klima- wie Ressourcenkrise, Biodiversitätsverlust und Artensterben aufmerksam machte und die gravierenden Folgen des Nichtstuns beschrieb.

## Die Zeit zu handeln ist jetzt

Aber die Konsequenzen waren abstrakt, die Bedrohung nicht unmittelbar spürbar. Und so ist viel zu viel Zeit verstrichen. In der Folge haben wir vier der neun planetaren Belastungsgrenzen bereits überschritten, zwei davon – die Integrität der Biosphäre und die Stoffkreisläufe – irreversibel. Und wir stehen heute global bereits bei einer Erderhitzung von 1,3 Grad Celsius.

Hätte man bereits in den 1970ern angefangen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu bremsen hätten langsame Reduktionen von wenigen Prozent pro Jahr ausgereicht, um die globale Erwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten. Aus heutiger Sicht wäre das ein Spaziergang gewesen. Doch es ist noch nicht zu spät: Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir das Schlimmste noch verhindern und unseren Nachkommen einen zwar deutlich veränderten, aber immer noch lebenswerten Planeten hinterlassen. Dafür können wir aber keine ein, zwei, drei oder fünf Jahre mehr warten. Die Zeit für ambitioniertes Handeln – sie ist jetzt.

## Politik gestalten statt Krisen individualisieren

Geht es um Klima- oder Ressourcenschutz, erzählen uns Vertreter der Industrie und ihrer politischen Vertretungen seit Jahrzehnten, das Kaufverhalten der Konsumenten müsse sich ändern, dann könne die Wirtschaft liefern. Man bediene nur die Nachfrage. Politische Rahmensetzung und unternehmerische Verpflichtung werden verzerrt, die Verantwortung für die Bekämpfung der Krise auf das Individuum abgewälzt.

Die Empirie der Corona-Pandemie widerlegt dieses Märchen in aller Deutlichkeit. Die globalen Emissionen sind zwischen Februar und Dezember 2020 durch Shutdowns, Betriebs-schließungen, drastische Mobilitätsbeschränkungen und einen massiven Konsumeinbruch um lediglich etwa vier Prozent gesunken, in Deutschland lediglich um etwa drei Prozent. Nicht nur begann bereits im Dezember 2020 die Emissionsrallye

von vorne – Deutschland wird 2021 so viel zusätzliches CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre pumpen wie seit 1990 nicht mehr. Es zeigt vor allem: Die drastischen Verhaltensänderungen in Mobilität und Konsum, zu denen wir in den ersten Wellen der Pandemie gezwungen waren, hatten faktisch kaum Auswirkungen auf die Emissionsentwicklung. Und da, wo ein Effekt nachweisbar war, wird er durch die wirtschaftliche Erholung überkompensiert.

Diese erzwungene Versuchsanordnung mit ihrem desaströsen Ergebnis lässt zwei Schlüsse zu:

1. Die Konsumenten (allein) können die Welt nicht grün kaufen. Kein entschleunigter, achtsamer, nachhaltiger Konsum ist in der Lage, es mit den globalen Herausforderungen der Klimakrise aufzunehmen.
2. Eine Krise macht keine Transformation. Die Ressourceneinsparungen während der Krise waren vorläufig. Im Jahr 2021 stiegen die Emissionen wieder in ungeahnte Höhen.

## Die Dinge grundlegend anders machen

Um der Klimakrise angemessen zu begegnen, sozialen Frieden zu wahren und unsere Industriegesellschaft klimaneutral umzubauen, können wir die Verantwortung nicht auf den Einzelnen abwälzen. Wir müssen unser gesamtes Wirtschaftssystem transformieren und unseren Ressourcenverbrauch absolut reduzieren. Dabei können wir es uns nicht mehr erlauben, geeignete Instrumente aufgrund politischer Befindlichkeiten und Ideologien außen vor zu lassen.

Wir brauchen den intelligenten Mix der Instrumente, die ganze Klaviatur politischer Gestaltungsmacht, einen handelnden, starken Staat.

Der Weg in die Klimaneutralität wird mit vielen Zumutungen aufwarten: Die Ausbreitung der Erneuerbaren Energien wird zu einer Industrialisierung von Landschaft führen, die Verkehrswende wird mehr als nur eine Antriebswende sein, und auch die Agrarwende wird ohne eine Veränderung unserer (zu) fleischlastigen Ernährungsstile, eine Kulinarik des 21. Jahrhunderts, nicht funktionieren. Die Wege werden vielfältig sein. Dazu gehört ein angemessener CO<sub>2</sub>-Preis, der die immensen gesellschaftlichen Kosten fossiler Technologien endlich einpreist, statt sie wie bisher auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Dazu gehören Anreize, die nicht per Gießkanne ausgeschüttet werden und somit eine Umverteilung von Unten nach Oben bedeuten, sondern gezielt dort eingesetzt werden, wo sie Veränderungen bewirken. Dazu gehört das Ordnungsrecht. Und es gehört eine Anpassung bei Steuern und Abgaben dazu, die nachweislich klimaschädlichem Verhalten einen gerechten Preis gibt, während klimaschonendes Verhalten honoriert wird.

Dabei ist schon heute klar: Die nun gesetzlich festgeschriebene Klimaneutralität 2045 verändert – ähnlich wie die Corona-Pandemie – vieles. Es zeigt sich, dass wir mit den alten Instrumenten nicht mehr weiterkommen. Für Klimaneutralität

2045 können wir die Dinge nicht mehr einfach ein bisschen besser und effizienter gestalten und weitermachen wie bisher. Klimaneutralität 2045 heißt, die Dinge grundlegend anders zu machen. Im Mittelpunkt der Politik darf nicht mehr der Profit einzelner, sondern muss das Wohlergehen aller Menschen stehen. Dieser Beitrag wird zu einem Zeitpunkt geschrieben, an dem die Bundestagswahl entschieden, aber eine neue Koalition noch nicht festgeschrieben ist. Der Autor wagt angesichts der Herausforderungen die These, dass die sich ankündigende ökologisch-sozial-liberale Koalition eine hervorragende Antwort auf die Krise sein kann, wenn sie ihre Chancen entwickelt. Denn sie kann mit ihren ideologischen Ansätzen nicht nur die Vielfalt der Instrumente für einen wirksamen Klimaschutz, sondern auch die Vielfalt der Gesellschaft auf dem Weg in die Klimaneutralität abbilden.

## Die Klimakrise kommt – und sie wird teuer

Die wahnsinnige Herausforderung der Klimaneutralität 2045 ist. Der Weg muss kurz und wird steinig sein.

Seit 1980 haben sich die Kosten für die Erreichung des 1,5-Grad-Zieles nahezu verdoppelt. Mit jedem Jahr des Zögerns steigt die Summe um mehrere Billionen Dollar. Und das sind nur die Kosten für die Verringerung der Emissionen. Kosten von Klimaschäden, wie Überflutungen, Dürren oder Hitzewellen sind noch nicht eingerechnet.

Doch so mühsam dieser Weg auch ist, er lohnt sich: Denn die anfänglichen Hürden und Schwierigkeiten sind unvergleichlich geringer als die Kosten des Nichthandelns. Diese Tatsache wird in der politischen und medialen Debatte gerne ausgeblendet. Insbesondere im Wahlkampf für die Bundestagswahl drehten sich Fragen und Diskussion größtenteils um die Kosten des Klimaschutzes. Und das in dem Jahr, in dem von heute auf morgen 30 Milliarden Euro für klimakrisenbedingte Hochwasserschäden gezahlt wurden. Investitionen in Klimaschutz sind nicht nur günstiger, sondern heben außerdem enorme Potentiale für neue Wirtschaftsmodelle und Arbeitsplätze, lebenswertere Städte, mehr Lebenszufriedenheit und bessere Gesundheit. Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz ebenso wie in Bildung und zukunftsfähige Infrastruktur sollten nicht mehr als Schulden gelten, sondern als das erkannt werden, was sie sind: Investitionen in unsere Zukunft.

## Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen

Während bis heute die Energiewende auf der anderen Seite der Steckdose stattgefunden und unsere Lebensweise nicht maßgeblich beeinflusst hat, wird sich nun einiges ändern: Wir werden in den 2030er Jahren anders essen, anders mobil sein und anders arbeiten. Mit positiven Folgen für Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität: Die Tierbestände werden so stark reduziert sein, dass unsere Böden und das Trinkwasser

nicht mehr wie heute permanent übernutzt sind. Die Autos, die noch fahren, werden elektrisch angetrieben sein. Vor allem aber werden viel mehr Menschen sicher und gern zu Fuß, per Fahrrad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein. Das Arbeitsleben wird sich von seinem derzeitigen Fokus auf Erwerbsarbeit weiterentwickelt haben. Stattdessen wird die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben im Mittelpunkt stehen und eine bessere Integration unterschiedlicher Bedürfnisse je nach Lebensphase und -entwurf möglich geworden sein.

Das Leben in einer klimaneutralen Gesellschaft wird ein besseres sein, zumal es ein besseres Klima auch nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit geben kann. Die bevorstehende Transformation muss ökologisch sein, damit auch viele Generationen nach uns noch ein gutes Leben auf unserem Planeten führen können. Und sie muss sozial sein, weil der nie dagewesene Umbau unseres Lebens, Arbeitens, Wirtschaftens nur im Rahmen gesellschaftlichen Zusammenhalts funktionieren kann. Eine sozial-ökologische Politik ergibt sich aber nicht von selbst, sondern muss aktiv gestaltet werden. Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wandel muss von der Politik gezielt ermöglicht werden. Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen dürfen nicht mehr ignoriert, sondern müssen konkret angegangen und gestaltet werden.

In diesem Sinne ist eine soziale Flankierung des ansteigenden CO<sub>2</sub>-Preises über eine Pro-Kopf-Rückerstattung elementar. Eine solche Klimaprämie entlastet nachweislich Menschen mit niedrigem Einkommen und geringen Energieverbräuchen, wohingegen Menschen im hohen Einkommenssegment mit entsprechend großem ökologischen Fußabdruck belastet werden. Auch die möglichen sozialen Folgen energetischer Sanierung dürfen nicht mehr einfach hingenommen werden. Stattdessen müssen Preissteigerungen weitgehend von den Eigentümern übernommen werden, weil sie die Entscheidung über Heizungstausch und Sanierung alleine treffen. Nur mit ausgleichenden Maßnahmen dieser Art kann die Akzeptanz des gesellschaftlichen Umbaus garantiert und der soziale Frieden gewahrt werden.

## Die Transformation gelingt nur miteinander

Um die gewaltigen Chancen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus ergreifen zu können, müssen wir die Menschen mitnehmen und überzeugen. Dazu bedarf es erstens einer mutigen Politik, die schwierige Entscheidungen nicht scheut, sondern gestaltet statt verwaltet. Dazu bedarf es zweitens einer besseren Kommunikation dieser Politik, die erklärt, warum Umbrüche nötig sind und welche Chancen sie beinhaltet. Die Zeit des Märchens, alles könne so bleiben, wie es ist, ist vorbei. Den Menschen muss reiner Wein eingeschenkt werden. Und drittens bedarf es einer besseren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dies kann ermöglicht werden über Diskussionsformate und Möglichkeiten der Mitentscheidung vor Ort, aber auch über Formate der direkten Beteiligung am Umbau, über Bürgerenergie-Projekte oder die Teilnahme an Bürgerräten.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Und deshalb müssen wir die große Transformation manchmal auch einfach anpacken und machen. Und genau hierfür sollte uns gesellschaftlich ein Ausspruch vom Beginn der Pandemie leiten. Damals sagte Gesundheitsminister Jens Spahn: "Wir werden einander viel verzeihen müssen." Gleiches gilt für den Weg in die Klimaneutralität. Es wird so manche Sackgasse dabei sein. Instrumente werden verworfen, politische Maßnahmen nachgebessert werden müssen. Manche Technologien werden sich nach anfänglicher Forschung und neuen Investitionen als untauglich erweisen. Es wird beim notwendigen Umbau auch Verlierer geben. Diese Weiterentwicklung und Innovation brauchen wir aber, um die größte Herausforderung unserer Zeit meistern zu können. Damit gewinnt die Gesellschaft als Ganzes, wird nachhaltig und resilient – kurz: gewappnet für die Zukunft. Ein Weiter-So kommt nicht in Frage.

Und deshalb gilt es, eine Kultur des Miteinanders zu entwickeln, in der wir uns nicht gegenseitig in den Rücken fallen, sondern wohlwollend mit großer Geschwindigkeit zukunftsfähige Politik gestalten. Wir dürfen uns nicht mehr im Kleinklein verlieren und nur unsere jeweiligen Partikularinteressen vertreten, sondern müssen eine gemeinsame Vision entwickeln und entschieden vorantreiben. Das geht nur, wenn alle dabei sind: Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und vor allem die Menschen in diesem Land. Der Rückhalt in der Bevölkerung ist da. Packen wir es an.



**Prof. Dr. Kai Niebert**  
Präsident Deutscher Naturschutzring